

# Volkswille

Anzeigenpreis: 1/64 Seite 3,75, 1/32 Seite 7,50, 1/16 Seite 15,—, 1/8 Seite 30,—, 1/4 Seite 60,—, 1/2 Seite 120,—, 1 ganze Seite 240,—. Foto, Familienanzeigen und Stellengebote 20% Rabatt. Anzeigen unter Wert, die 3 gespaltene mm Zeile 0,60 Zl. von außerhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

❖ Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens ❖

Abonnement: Bierzehntägig vom 16. bis 30. 6. cr 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteur.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

## Zaleskis Furcht vor Paneuropa

Politische, wirtschaftliche und finanzielle Sicherung aller Interessenten — Keine Revision der Friedensverträge  
Ablehnung der heutigen Pläne Briands — Das Echo des Besuches Grandi

Warschau. Außenminister Zaleski sprach am Freitag in Krakau über Briands Paneuropa-Denkchrift. Zaleski ist der Ansicht, daß eine politische und wirtschaftliche Verständigung und Föderation Europas nur dann möglich sein könne, wenn in der künftigen Union die finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Interessen aller beteiligten Staaten gleichmäßig gewertet und berücksichtigt werden. Die Union müsse gleichmäßig dem Wohlstand aller Völker des Festlandes dienen. Wenn gewisse Politiker und ihre Presse im Zusammenhang mit Briands Denkchrift die Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge hervorzuheben trachteten,

so sei ihre Handlungsweise mit einer Torpedierung des ganzen Planes gleichbedeutend. Nur im Rahmen des gegenwärtigen europäischen Systems könnte man an die Verwirklichung eines wirklichen Zusammenlebens der Völker denken.

Man müsse wahnsinnig oder ungemessen leichtsinnig sein, wenn man glaube, daß mit dem Gedanken der Abänderung der bestehenden Verträge der Idee einer Verständigung Europas ein Dienst erwiesen werden könnte. Polen werde an der Verwirklichung des Briandschen Planes aufrichtig mitarbeiten. Es werde sich aber nicht damit einverstanden erklären, wenn der Plan zu seinen Ungunsten ausgenutzt werden solle.

## Reden und Tatsachen

Aus dem faschistischen Italien.  
Von Angelica Balabanoff.

Während seiner letzten Rede-Tournee hat Mussolini, als sein Wort- und Mäghenvorrat erschöpft war, zu einer Variante gegriffen. Sonst pflegte er nach seiner Rede auszurufen: „Wem gehört die Zukunft?“ Worauf die Versammelten im Chor brüllten: „Uns! Uns!“ Oder Mussolini fragte: „Wem gebührt die Ehre, ein Kaiserreich zu gründen?“ Wie ein Echo erklang jedesmal: „Uns! Uns!“

Diese Fragen schienen nunmehr dem Duce veraltet, nicht persönlich genug, und darum sagte er vor kurzem in Mailand: „Arbeiter, wer hat euch Frieden und Wohlstand verschafft?“ Antwort: „Der Faschismus, der Duce!“

„Wer hat euch Altersversicherung, Prosperität und Familienglück verschafft?“ „Der Faschismus, der Duce!“

„Wer hat den Klassenkampf durch soziale Harmonie ersetzt?“ „Der Faschismus, der Duce!“ und so fort.

Was die wirtschaftliche Krise betreffe, für deren Bewältigung die Rede-Tournee dienen sollte, so erklärte Mussolini, die Lage sei in Italien günstiger als in anderen Ländern, weil in Italien Disziplin herrsche. Was die Zukunft betrifft, gab Mussolini das verheißungsvolle Versprechen:

„In Kürze werden Tatsachen euch beweisen, daß das faschistische Regime die Arbeit und die italienischen Arbeiter achtet und ehrt — — — man wird die Arbeiter, die am längsten und fleißig gearbeitet haben, mit dem Orden des Sternes dekorieren!“

Zu dieser feierlichen Erklärung meinte ein römisches Blatt ironisch: „In diesen Tagen ist die zynische Bemerkung, Italien sei arm, oft wiederholt worden. Es mag sein, daß Italien ein armes Land ist, doch wird es den Mangel an Geld durch Seelengröße der Menschen gutmachen. Daß wir imstande sind, es zu tun, wird niemand bezweifeln können.“

Die faschistische Presse dagegen schreibt, die menschliche Sprache habe kein Mittel, um die Begeisterung der Volksmassen bei diesem Frage- und Antwortspiel wiederzugeben; denn noch nie Dagewesenes lasse sich mit dem dürftigen Hilfsmittel der menschlichen Sprache nicht beschreiben.

45 000 Kinder und jugendliche Mitglieder der Fasila in Mailand, die Avantgardisten der jungen Italienerinnen, seien so hingerissen gewesen, daß die Lehrer zu außerordentlichen Mitteln greifen mußten, um die Begeisterung der stürmischen Jugend zu dämpfen.

Ein Provinzblatt schreibt: „Wenn Mussolini zum Volk hinuntersteigt, erheben sich Klammern der Begeisterung von der Volksmasse zum Haupte. Durch Singen, Spielen und wildes Geschrei will die Masse dem Manne beweisen, daß sie sich in ihm wiedererkennt, durch ihn in Erstaunen gerät, und daß sie in ihn und nur in ihn allein ihre Hoffnungen setzt, nur auf ihn sich verläßt.“

Weiter heißt es bezeichnenderweise: „... Das Volk unterwirft sich dem Willen des Hauptes, es ist bereit, sein Leben zu opfern, ob es sich um Frieden oder um Zerstörung handelt. Der Wille des Hauptes genügt.“

Oder: „Unsere Begabung, unsere Tugend ist in Mussolini verhandelt. Unsere Fehler, unsere Vergehen, unsere Unzulänglichkeiten gehören uns, uns allein, uns, den kleinen Wesen, die im Alltag aufgehen.“

Gleichsam als Beleg der Reden konnte man in einem großen Agrarierblatt Bolognas ein Rundschreiben der faschistischen Gewerkschaftsführer folgenden Inhalts lesen: „Der Ernst der landwirtschaftlichen Krise erheischt sofortiges Eingreifen. Es kann nur in einer weiteren Herabsetzung der Landarbeiterlöhne bestehen, die für den Augenblick um 8 bis 11 Prozent gekürzt werden müssen.“

Der bewährte Statistiker Mortara stellt fest, daß jeder Einwohner Italiens in den Jahren 1909—1913 durchschnittlich 3,5 Kilogramm Manufakturwaren jährlich verbrauchte, in den Jahren 1924—28 dagegen nur 2,7 Kilogramm. Noch mehr sei der Bedarf an Wolle zurückgegangen. Im Jahre 1913 betrug der Verbrauch hierin pro Kopf 1,010 Kilogramm, 1925/26 dagegen nur 480 Gramm pro Kopf jährlich.

Die Volksernährung, so führt Mortara weiter aus, wird bei der bekannten Knappheit an Getreide dadurch verschärft, daß der Verbrauch an Kartoffeln viel niedriger ist, als er sein sollte; der Verbrauch an Fleisch, Fischen, Milchprodukten, Zucker usw. ist äußerst dürftig. So werden im Durchschnitt in England 50, in Deutschland und Frankreich 40, in Italien aber kaum 20 Kilogramm Fleisch pro Kopf verbraucht. Der Zuckerverbrauch beträgt in Großbritannien 30 Kilogramm pro Kopf und Jahr, in Deutschland und Frankreich 20 Kilogramm pro Kopf und Jahr, in Italien dagegen nur 8 Kilogramm pro Kopf und Jahr.

## Polen wünscht neue Verhandlungen

Die polnische Antwortnote zu den Agrarzöllen — Beseitigung durch gegenseitige Angleichung

Warschau. Dem deutschen Gesandten in Warschau, Rauscher, wurde am Sonnabend die polnische Antwortnote vom polnischen Außenminister auf die deutsche Note vom 2. Mai bezüglich der deutschen Agrarzölle überreicht. In der Note wird erklärt, die polnische Regierung könne auf Grund der Genfer Zollkonvention den Ausführungen der deutschen Note nicht zustimmen. Die deutschen Zollserhöhungen seien durch dringende Umstände nicht erforderlich gewesen. Es wäre daher erforderlich gewesen, daß die deutschen Zollserhöhungen in normaler Weise die im Handelsvertrag vorgesehenen waren, vorgenommen worden wären. Das ist 20 Tage vor dem Inkrafttreten der Zollserhöhungen, damit die betroffene Seite noch Zeit zu Gegenmaßnahmen und zur Wiederherstellung des Gleichgewichts erhalten hätte. Außerdem wird in der polnischen Note festgestellt, daß die Ankündigung der letzten deutschen Zollmaßnahmen nicht vorchriftsmäßig erfolgt sei, wie dies in Fällen dringender Umstände gewöhnlich geppflogen werde. Dem die Ankündigung der Zollserhöhung erfolgte erst nach Inkrafttreten derselben, wobei nur die Veränderungen des Zolltarifs angekündigt wurden, die solche Staaten betreffen mit denen Deutschland Handelsverträge auf der Grundlage der Meißbegünstigungs-klausel abgeschlossen habe. Da die Interessen Polens durch die deutsche Zollserhöhung betroffen wurden, steht die polnische Regierung auf dem Standpunkt, daß im Sinne des Artikels 2 der Genfer Zollkonvention gegenseitige Verhandlungen aufgenommen werden müßten, zwecks Wiederherstellung des Gleichgewichts, welches durch die deutschen Zollserhöhungen erschüttert worden sei.



### Amerikas neuer Botschafter in Tokio

ist der frühere Generalgouverneur der Philippinen, Cameron Forbes, ein Enkel des amerikanischen Dichters Emerson.

## Beginn der Weltkraftkonferenz

50 Nationen beteiligt

Berlin. Als Auftakt zur zweiten Weltkraftkonferenz, die in den nächsten beiden Wochen in Berlin stattfindet, fand am Sonntag abends im Reichstag ein Empfang statt, dem eine kurze Feier zur Uebergabe der Ehrenzeichen der Weltkraftkonferenz an den Ehrenpräsidenten Excellenz von Miller im Plenarsitzungssaal voranging. Zu der Feier waren in erster Linie die führenden Mitglieder der in Berlin eingetroffenen Delegationen von rund 50 Nationen erschienen. Unter den Ehrengästen bemerkte man Vertreter des preussischen Landtags, des Reichstages, der Behörden der deutschen Länderregierungen und viele andere.

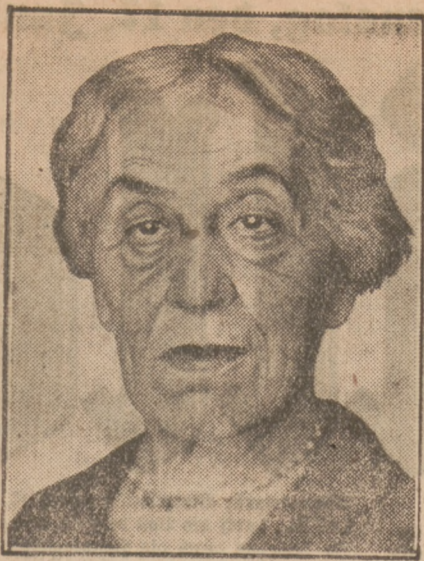
Der Vizepräsident des Reichstages, von Kardorff, überbrachte zunächst die Grüße des Reichstages. Die Tatsache, daß die zweite Weltkraftkonferenz in Berlin stattfindet, nannte er einen Beweis dafür, daß die ganze Welt Deutschlands Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet anerkenne. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß die fremden Gäste in Deutschland vor allem den Eindruck gewinnen werden, daß das deutsche Volk mit den übrigen Völkern der Welt in Frieden und Freundschaft leben wolle. In diesem Sinne mögen auch die Arbeiten der Konferenz dem Fortschritt der Menschheit und der Befestigung eines wahren Friedens dienen. — Dann nahm der bisherige Ehrenpräsident der Konferenz, Lord Derby, das Wort, um den neuen Ehrenpräsidenten Dr. v. Miller die Ehrenzeichen zu überreichen. Er erinnerte daran, daß die erste Weltkraftkonferenz eine der ersten großen internationalen Veranstaltungen nach dem Kriege war. Er begrüßte die Wahl der Weltkraftkonferenz zur Wahl Dr. von Millers zum Ehrenpräsidenten. Deutschlands biete der modernen Welt ein glänzendes Beispiel dafür, wie ein altes Land Anteil am modernen Existenzkampf nehmen könne.

Dr. von Miller erklärte in seiner Erwiderung, daß ein ganz besonderer Wert der Weltkraftkonferenz darin liege, daß die Ingenieure aller Nationen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammen finden.

Im Anschluß an die Feier fand in der Wandelhalle des Reichstages, die mit den Farben aller auf der Konferenz vertretenen Nationen reich geschmückt war, ein Empfang statt.

### Manu gegen jede Revision der Friedensverträge

Bukarest. Ministerpräsident Manu empfing am Sonntag die Vertreter der ausländischen Presse, denen er Aufklärungen über die Politik Rumaniens gab. Er wies u. a. auf das Schreiben Lord Rothermeres an König Carol hin und betonte, daß der König den Eid geleistet habe, die jetzigen Grenzen des Landes zu schützen. Von einer Grenzrevision könne keine Rede sein. An den Friedensverträgen dürfe nicht gerüttelt werden. Die Regierung wünsche freundschaftliche Beziehungen zu Ungarn und auch zu allen anderen Ländern. Sie werde sich aber gegen eine Rückkehr der Habsburger werden, da die Thronbesteigung eines Habsburgers eine Gefahr für den Frieden Ungarns und Europas bedeute. Den Minderheiten gegenüber werde die Regierung eine wohlwollende Politik betreiben. Die rumänische Regierung billige Briands Paneuropavorschläge, sie müsse aber gewisse Auslegungen, die den ehemals feindlichen Ländern die Möglichkeit einer friedlichen Revision der Friedensverträge geben könnten, ablehnen. Eine solche werde Rumänien niemals zulassen.



### Die Schriftstellerin Anselma Heine

deren Romane und Novellen sich in ganz Deutschland einen weiten Freundeskreis erworben haben, kann am 18. Juni ihren 75. Geburtstag feiern.

Ein anderes Bild: „Lavoro Fascista“, das offizielle Organ der faschistischen „Gewerkschaften“ schreibt, daß Tagelöhner mit einem Stundenlohn von 50 Centesimo bis höchstens 1 Lire sich begnügen müssen. (1 Lire etwa 20 Pfennig.) In Sassari (Sardinien) verdient ein Maurer 16 Lire = 3,20 Mark, ein Handlanger etwa 12 Lire = 2,40 Mark pro Tag. Die Textilarbeiterinnen in Norditalien, die 1921 etwa 18-20 Lire verdienten, verdienen heute 8 Lire im Akkord, sonst 6 oder 7 Lire. Die Arbeitslosigkeit wächst von Tag zu Tag.

Auch die Schwefelindustrie in Sizilien weist eine scharfe Krise auf. Der „Abgeordnete“ Di Bolnito hat scharfsinnig bemerkt, es gebe nur ein Mittel der Abhilfe: die Preiserhöhung. Denn die Löhne könnten nicht mehr herabgesetzt werden. In der Hotelindustrie Neapels, wo der Fremdenverkehr sonst sehr reger war, ist die Krise so allgemein, daß die Arbeitslosen vor dem Arbeitsamt stürmisch demonstrieren und die Bildnisse des Königs und Mussolinis zerreißen. Der große Dampfer „Scluta“, der gewöhnlich etwa 3000 Touristen aus Amerik nach Italien brachte, verzichtet in diesem Jahre auf die Reise. Andere Schiffe haben ihren Lieferanten gekündigt, sie brauchen keine Lebensmittel, weil sie keine Passagiere nach Italien bringen. Zwei der größten Hotels Neapels haben unlängst ihren Besitzer wechseln müssen; die Touristenhotels haben schließen müssen.

Früher nahm das große Theater Neapels, St. Carlo, im Durchschnitt jährlich zwei Millionen Lire für Abonnements ein; im letzten Jahre sind es kaum 300 000 Lire gewesen. Die Schulden des Unternehmens sind bedeutend. Ähnliche Verhältnisse herrschen in San Remo.

In Apulien hat die Empörung der Bauernschaft zu Verzweiflungsausbrüchen und Protestaktionen von solchem Ausmaß geführt, daß die Regierung das Ausnahmegericht in Toranto errichtete, um „für ganz Apulien ein Beispiel zu statuieren“. Diesem Gericht sind 80 Landarbeiter und Landarbeiterinnen unterstellt worden. Der Präsident, der selbstredend Mitglied der faschistischen Partei ist, erklärte der übrigen Bevölkerung, man solle sich bereit halten, um das bedrohte Vaterland zu schützen. Er fügte hinzu, diese winzige politische Gruppe, die am Ort noch verblieben, sei nichts als Schlamm und Rot. Sie sei jetzt der Justiz überwiesen, und das faschistische Schwert würde mit ihr schon fertig werden.

### Der Schlußbericht Parter Gilberts

Berlin. Der Reparationsagent Parter Gilbert hat seinen Schlußbericht vorgelegt, der sich bis zum Tage der Inkraftsetzung des Youngplanes erstreckt. Im Schlußteil übt der Reparationsagent scharfe Kritik an der Finanzgebarung des Reiches. Das Reich habe gegen den Grundsatz, daß alle Ausgaben durch Einnahmen gedeckt sein müssen, gesündigt und die oft angekündigten Reformen (Finanzausgleich, Verwaltungsreform, Reform der Arbeitslosenversicherung) nicht entschlossen genug in Angriff genommen. Besonders scharf werden die allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter vom Oktober 1927 und die Art der Aufstellung des Reichshaushaltes kritisiert.

### Um das Arbeitszeitabkommen im Bergbau

Genf. Im Kohlenauschuß der internationalen Arbeitskonferenz, der sich mit der Arbeitszeit im Bergbau befaßt, gab der deutsche Arbeitnehmervertreter Schmidt eine Erklärung ab, nach der ein allgemeines Abkommen über die Herabsetzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau im Hinblick auf die Lage des internationalen Kohlenmarktes unbedingt notwendig sei. Das Washingtoner Achtstundentag-Abkommen berücksichtige nicht genügend die außerordentlichen Gefahren, die den Bergarbeitern während der Arbeit drohen.

Der deutsche Arbeitgebervertreter Jungst wies besonders auf die gegenwärtige Lage Deutschlands hin, die die Vereinheitlichung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau nicht möglich mache. Deutschland könne heute keinerlei Verpflichtungen für ein Arbeitssystem übernehmen, das die Erfüllung der deutschen im Youngplan auferlegten Verpflichtungen noch schwieriger gestalten würde.

### Heimwehr Pabst verhaftet

Wien. Die Verhaftung von Major Pabst erfolgte in Anwesenheit des Bundesrates Dr. Steidle, mit dem Pabst gerade in das Büro der Heimwehren gehen wollte. Steidle fragte den Kriminalbeamten, der die Verhaftung vornahm, nach dem Grund und erhielt die Antwort, daß Pabst sich in unerwünschter Weise in Oesterreich betätigt habe. Pabst sei Reichsdeutscher und ein von ihm eingereichtes Gesuch um Zuerkennung der doppelten Staatsangehörigkeit sei erst vor kurzem abgewiesen worden. Bundesrat Steidle verwies darauf, daß die Verhaftung eines auszuweisenden Ausländers ungesetzlich sei. Der Kriminalbeamte erklärte, daß er seinen Auftrag ausführen müsse. Wie von anderer Seite verlautet, soll die Polizeidirektion auf Weisung des Bundesministers des Innern, des Landbundesführers Schumy gehandelt haben, der einer der erbittertesten Gegner der Heimwehr ist.

# Zum Kampf für Recht, Freiheit, Ordnung und Brot

## Centrolew an das polnische Volk — Ein Kongreß zum Schutze des Rechtes und der Volksfreiheit Das Volk soll reden — Freiheit und Wohlfahrts-Grundlagen der nationalen Unabhängigkeit Niemand darf über dem Rechte und der Nation stehen

Warschau. Der bereits am Sonnabend angekündigte Aufruf des Centrolew an das Volk, ist gestern erschienen. In dem Aufruf wird zuerst die Einberufung des allgemeinen

Kongresses zum Schutze des Rechtes und der Volksfreiheiten für den 29. Juni 1930 in Krakau angekündigt. Dann folgt die Feststellung, daß die Volksvertreter im Sejm und Senat müde und tot gemacht wurden. Bei ihrer Pflichterfüllung begegneten sie unüberwindlichen Schwierigkeiten, sind fortgesetzt böswilligen Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt und können die verfassungsmäßige Kontrolle über die Wirtschaft im Staate nicht erfüllen. Sie sind gezwungen an das Volk zu appellieren, denn die Zeit ist bereits so weit vorgerückt, daß das

**Volk reden muß!**

Ein harter Kampf ist in Polen entbrannt und große Sachen stehen auf dem Spiele.

Auf der einen Seite steht die unabhängige Sejm-Mehrheit, die die verfassungsmäßige Kontrolle im Staate verlangt. Diese Mehrheit vertritt den Standpunkt, daß eine Regierung nur dann stark sei, wenn sie das Vertrauen des Volkes genießt, wenn sie vor der Verantwortung und der Kontrolle nicht flüchtet. Auf der anderen Seite steht eine Gruppe von Menschen, die die Macht an sich gerissen und taub für das Leiden des Volkes ist. Sie pocht auf ihrer Macht. Sie behandelt den Staat als ein privates Unternehmen und die Masse der Bürger als Steuerzahler und demütigtes Werkzeug ihrer Machtgier.

Unter solchen Umständen ist der Kampf um die Rechtsordnung im Staate eine Bürgerpflicht. Dieser Kampf muß von der ganzen Nation aufgenommen werden, vor allem aber durch die Arbeiter, Bauern und die arbeitende Intelligenz.

**Zu diesem Kampfe fordern wir euch, Bürger, auf!**

Erscheint am Sonntag, den 29. Juni in großen Massen in Krakau, um dort gemeinsam die Kampfziele festzustellen. Erscheint aus allen Gebieten des Staates in Massen, wohin nur die Kunde von dem Kongreß eindringen wird.

In Krakau werden wir feststellen, daß in Polen endlich Ordnung und Ruhe herrschen müssen, daß die Grundlage des Regierens das gleiche Recht für alle, niemals aber der Wille des Einzelnen, bezw. seiner Vertrauten sein kann, daß diejenigen, die das Volk regieren für ihre Taten und ihre Wirtschaft mit den öffentlichen Mitteln vor der Volksvertretung die Verantwortung tragen müssen, daß das Volk die Möglichkeit erlangt, durch seine Vertreter das Kontrollrecht auszuüben, daß die Hauptfrage der Regierung sich in der Richtung zu bewegen hat, um der großen Masse der Arbeiter und Bauern Arbeit und Brot zu sichern, die heute infolge der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit Hunger und Elend leiden müssen, daß das Volk, daß sein Vaterland liebt, sich nach Frieden und gut nachbarlichen Verhältnissen sehnt, daß das Militär, das mit schweren Opfern des Volkes erhalten wird, lediglich für die Verteidigung des Staates bestimmt ist, sich aber den Kämpfen um die Macht im Staate fernzuhalten hat.

Unter gewaltigen Opfern des polnischen Volkes wurde das unabhängige Polen begründet und große Opfer muß das Volk aufbringen, um die eroberte nationale Freiheit zu erhalten. Das Volk aber ist sich dessen bewußt, daß die Grundlagen der nationalen Freiheit, eben die

Freiheit und Wohlfahrt der breiten Volksmassen, die den Staat erhalten, sein muß. Diese Grundlagen sind heute in Polen bedroht.

Der Kongreß, zu dem wir auffordern, muß diese Grundlagen stärken, er muß in den breiten Volksmassen den Glauben wach

machen, daß im Staate keine Hindernisse bestehen, die mit gemeinsamen Kräften nicht überwunden werden könnten, er muß feststellen, daß es in Polen keine Einzelperson gibt, die über dem Rechte und über der Nation steht!

Auf zum Kongreß für Recht und Freiheit! Die gemeinsame Front des Volkes wird siegen.

Es lebe der Kongreß zum Schutze des Rechtes und der Volksfreiheit! Es lebe die unabhängige Republik Polen!

### Die Mansfelder Arbeiter stehen gerade

Auszahlung der Streikunterstützungen. — Vergebliche Suche nach Arbeitswilligen.

Im Mansfelder Revier wurden am Freitag von den Gewerkschaften die ersten Unterstützungen an die Ausgesperrten, die den Lohnabbau abgelehnt hatten, ausgezahlt. Die offenen und heimlichen Unternehmerfreunde haben damit gerechnet, daß der erste Tag der Unterstützungsauszahlung zu einem kritischen Tag erster Ordnung werde. Die Auszahlung erfolgte jedoch ohne jede Störung. Selbstverständlich erhalten die Unorganisierten keine Hilfe vom Verband. Soweit sie bedürftig sind, haben sie die Möglichkeit, sich bei den Fürsorgeämtern zu melden und dort um Unterstützung nachzusuchen.

Die allgemeine Situation im Aussperrungsgebiet ist unverändert. Die Arbeiterschaft steht fest hinter der Führung der Gewerkschaften, obwohl die Komunisten neuerdings große Anstrengungen machen, um den gewerkschaftlichen Kampf für ihre politischen Zwecke auszubuten. Sie haben jetzt einige fremde Agitatoren nach dem Mansfelder Revier gesandt. In Gelsbra hatten sie eine Versammlung veranstaltet, zu der ganze 50 Mann erschienen waren. In Eisleben versuchten sie in einer vom Bergarbeiterverband einberufenen Versammlung zu Wort zu kommen. Das gelang ihnen jedoch nicht. Die haben deshalb, da sie unbedingt reden mußten, nach Schluß der Versammlung auf der Straße noch einige Worte an die Arbeiter gerichtet. Man ließ sie reden und — stehen.

### Graf Bethlen in London

London. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen ist Sonntag abends mit seiner Frau in London eingetroffen. Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ betonte, daß der Besuch keine politische Bedeutung habe, abgesehen von der Tatsache, daß derartige internationale Höflichkeitsakte in der Durchführung der internationalen Politik stets eine gewisse Rolle spielen.

### Kein Rücktritt Tschiangkai-scheks

London. Der Außenminister der Nankingregierung, Dr. Wang, hat nach einem Bericht aus Schanghai eine Erklärung veröffentlicht, wonach die Gerüchte über den Rücktritt Tschiangkai-scheks jeder Grundlage entbehren.

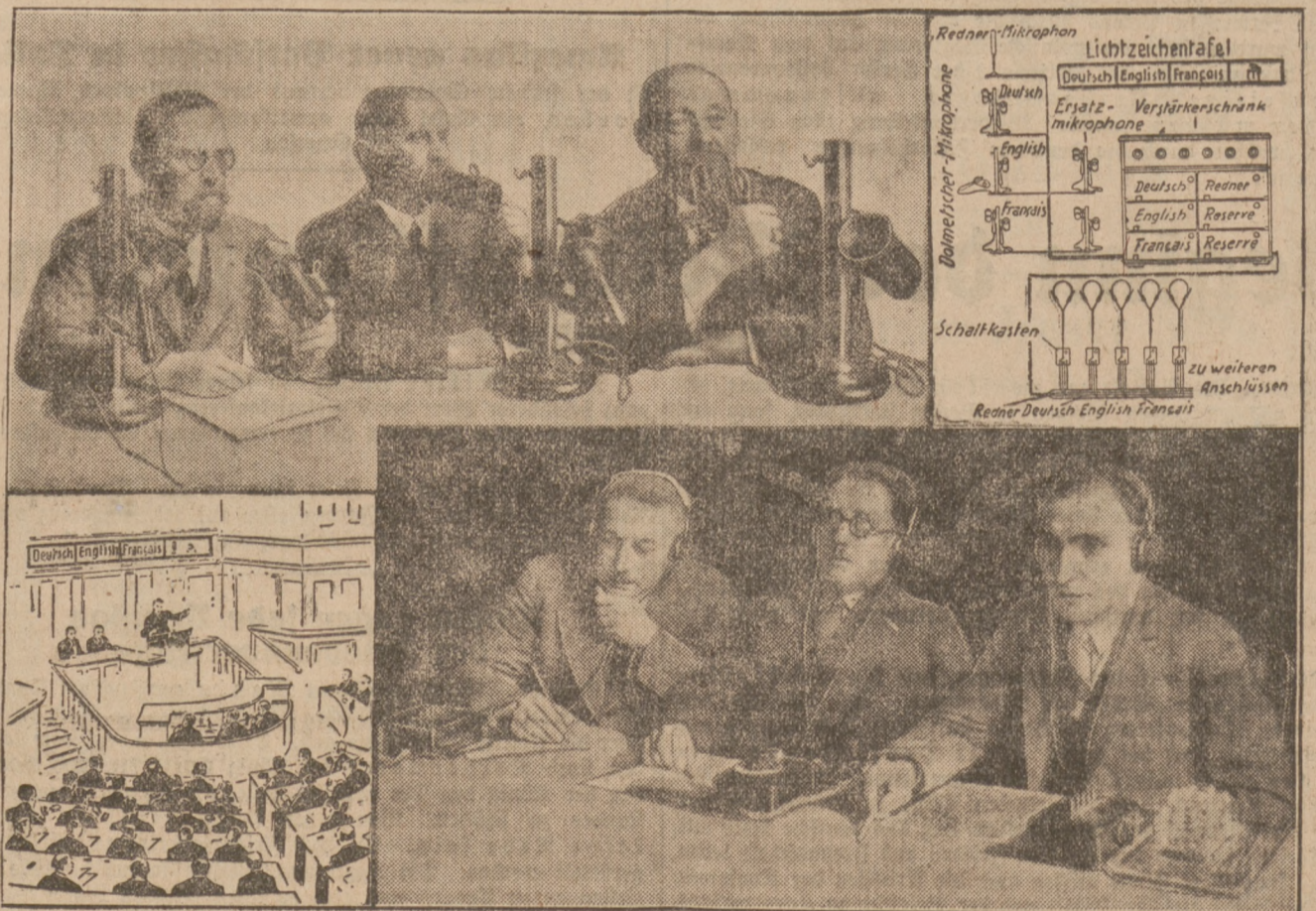
### Hoover unterzeichnet die neue Zollvorlage

Neuport. Wie aus Washington gemeldet wird, hat nun auch Präsident Hoover die Erklärung abgegeben, daß er die neue Zolltarifvorlage, die bereits vom Senat und Repräsentantenhaus angenommen wurde, unterzeichnet werde.

### Die Younganleihe in der Schweiz überzeichnet

Basel. Der Schweizerische Anteil der Younganleihe im Betrage von 92 Millionen Franken ist bereits kurz nach der Auslegung stark überzeichnet worden.

# Der Mehrsprachenapparat der Weltkraftkonferenz



die vom 16. bis 25. Juni in Berlin stattfindet. Um den mehreren tausend Teilnehmern, die aus aller Herren Ländern zusammengekommen sind, es zu ermöglichen, jeden Vortrag — in welcher Sprache er auch gehalten werden mag — zu verstehen, ist der sogenannte Mehrsprachenapparat geschaffen worden.

Der Redner spricht in seiner Muttersprache. Dolmetscher, die vor der Rednertribüne sitzen, übersetzen den Vortrag in die drei Weltsprachen Deutsch, Englisch und Französisch. Hierbei

sprechen sie in Mikrophone (oben links), die mit den an jedem Teilnehmerplatz angebrachten Kopfhörern verbunden sind (unten rechts). Auch jeder Kopfhörer kann auf die erwünschte Sprache eingestellt werden. Jeder Konferenzteilnehmer hat also die Wahl, in welcher Sprache er den Vortrag hören will. — Unten links: eine schematische Darstellung der Funktion des Mehrsprachenapparates. — Oben rechts: das Schaltungsschema der Apparatur.











